



Politiker auf Stimmenfang

Wolf-Dieter Michaeli

Politiker sind – das gehört nun einmal zur Demokratie dazu – auf die Zustimmung ihrer Wähler angewiesen, wollen sie länger im Amt bleiben. Deshalb drücken sie sich gern vor unpopulären Entscheidungen und richten sich lieber nach dem Willen des Volkes. Das sollten eigentlich auch die Chefs der großen Energieunternehmen wissen. Auf jeden Fall aber sollten ihre Kommunikationsprofis mögliche Reaktionen der Politiker einschätzen können.

Imageschaden durch Tariferhöhungen

Offensichtlich gilt das aber nicht für alle in der Branche. Anders ist der selbst verschuldete Image-Gau dieses Sommers nicht zu erklären. Mit ihren Anträgen, die Stromtarife zum Jahresanfang 2007 um 8 % und teilweise noch mehr zu erhöhen, haben sich die Unternehmen in Sachen Ansehen keinen guten Dienst erwiesen. So sehr die beantragten Strompreiserhöhungen auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen berechtigt sein mögen – angesichts des ohnehin ramponierten Ansehens der Branche hätte man sich mehr Fingerspitzengefühl gewünscht. Wen wundert es da, dass die Politik die Vorlage in Sachen Populismus dankbar aufnahm. Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsministerin Christa Thoben kündigte nach der ersten Empörungswelle an, sie werde im Bundesrat einen Antrag auf Verlängerung der Tarifgenehmigungspflicht stellen. Die sollte nach dem neuen Energiewirtschaftsgesetz eigentlich im Sommer nächsten Jahres auslaufen. Für die Initiative der Düsseldorfer Ministerin hätten sich, so ein Thoben-Sprecher, „die meisten Bundesländer“ ausgesprochen. In der ersten Bundesratssitzung im November will die NRW-Landesregierung den Antrag auf Verlängerung der Bundestarifordnung nun einbringen. Ob er auch im Bundestag, dem eigentlichen Gesetzgebungsorgan, dann eine Mehrheit findet, ist dagegen noch völlig offen. Denn dort haben die Experten noch einmal gründlich nachgedacht und sind zu dem Urteil gekommen, dass eine Verlängerung der Stromaufsicht „weitgehend unwirksam“ sein werde, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Ulrich Kelber: „Die Regionalgesellschaften kaufen ihren Strom weitgehend bei den Großen, die setzen aber die Preise. Die Folge ist, dass bei den kleineren Unternehmen die Beschaffungskosten steigen.“ Und die daraus resultierenden höheren Strompreise für den Endverbraucher müssten nun einmal von der Stromaufsicht genehmigt werden. Kelber setzt deshalb, wie Wirtschaftsminister Michael Glos, auf eine möglichst schnelle Stärkung des Wettbewerbs. Den Plan des CSU-Ministers, mit Hilfe des Wettbewerbsrechts für mehr Konkurrenz in der Energiebranche zu sorgen, hält der SPD-Politiker „durchaus für vernünftig“. Der CSU-Wirtschaftsminister will im neuen Energie-Paragrafen des Kartellgesetzes Versorgungsunternehmen

verbieten, Entgelte und Konditionen zu fordern, die, so die FAZ, „ungünstiger sind als die anderer Versorgungsunternehmen“. Zudem dürften sie keine Preise verlangen, die „unangemessen“ über den Kosten liegen. Glos will Druck machen, damit die GWB-Novelle möglichst noch zum Jahresanfang 2007 in Kraft treten kann.

Turbulente Vor-Gipfel-Zeit

Der Preisstreit belastet auch die zweite Runde des Energiegipfels, der am 9. Oktober stattfinden soll. Ohnehin ging und geht es im Vorfeld drunter und drüber. Zwar sind sich Politiker wie Wirtschaft einig, dass, so Saarlands Ministerpräsident Peter Müller, „es richtig ist, Mitte 2007 ein nationales Energieprogramm bis 2020 vorzulegen“. Doch nicht einmal über die Konturen des Programms konnten sich die Politiker untereinander, aber auch mit den Unternehmen bislang einigen. In der Arbeitsgruppe 2, die sich über den künftigen Energiemix Gedanken machen soll, herrscht praktisch Stillstand, weil die SPD von ihrer ablehnenden Haltung zur Kernenergie nicht einen Millimeter abrücken will. In der Arbeitsgruppe 3, die sich mit Möglichkeiten des Energiesparens und der Förderung der Energieeffizienz befassen soll, hat Sigmar Gabriel in nun schon guter Tradition des Umweltministers die übrigen Teilnehmer vor den Kopf gestoßen. Aufgefordert, einen Sachstandsbericht zur bisherigen Diskussion anzufertigen, legten seine Beamten einen Bericht vor, der einseitig die Wünsche des Umweltministeriums enthielt, aber keine Anregungen und Ideen der anderen Teilnehmergruppen, heißt es aus Insiderkreisen. Insbesondere das Bundeswirtschaftsministerium habe völlig irritiert reagiert. Das BMU wurde aufgefordert, eine neue Zusammenfassung zu formulieren.

Darin werden sich die ministeriellen Umweltschützer mit Sicherheit auch zum geplanten Wärmegesetz äußern. Die ursprüngliche Fassung dieses von Gabriel mit viel Verve angegangenen Projekts ist nahezu überall auf totale Ablehnung gestoßen. Der Minister hat deshalb in dieser Sache einige Gänge zurückgeschaltet. Kritiker des Gesetzes, mit dem der Einsatz von Biostoffen im Wärmemarkt staatlich gefördert werden soll, befürchten dahinter allerdings ein taktisches Manöver. Denn in Brüssel wird derzeit ebenfalls über ein entsprechendes Maßnahmenpaket nachgedacht. So könnte der Deutsche mit Hinweis darauf die Europäische Kommission seine Pläne schnell wieder aus der Schublade holen. Zumal auch in der CDU/CSU-Fraktion plötzlich einige Abgeordnete Geschmack an der Bioförderung gefunden haben. Das würde nämlich neue Subventionen für die umworbenen Landwirte bringen.